

Aus Kantonen und Sektionen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **67 (1980)**

Heft 5

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Jugend, Alkohol und Tabak

Schweizerische Fachstelle für Alkoholprobleme startet landesweite Kampagne

Der Schweizer Schuljugend soll geholfen werden, sich kritisch auch mit Alkohol und Tabak auseinanderzusetzen, was wiederum geeignete Hilfsmittel und eine informierte Lehrerschaft voraussetzt. Eine entsprechende nationale Kampagne zugunsten einer umfassenden Gesundheitserziehung will die Schweizerische Fachstelle für Alkoholprobleme (SFA) im Jahre 1980 durchführen. In den Kantonen sollen über Kontakte mit Behörden und Politikern Korrekturen der Schulgesetzgebungen im Sinne vermehrten Gesundheits-Unterrichts realisiert werden, ferner sollen Aktionen in den Schulen erfolgen und besonderes Gewicht wird auf Kontakte mit der Lehrerschaft gelegt.

Wie Vertreter der SFA in Bern in Erinnerung riefen, ist vor fast genau einem Jahr die Initiative für ein Verbot der Suchtmittelreklame abgelehnt worden. Gegner dieses Begehrens hatten nicht zuletzt mit dem Argument gefochten, der Ausbau der Gesundheits- und Drogenerziehung sei die bessere, wirksamere Lösung. Auch die SFA ist der Ansicht, dass langfristig erfolversprechende Bemühungen auch und besonders bei der Erziehung ansetzen müssen: Immer früher beginnen Jugendliche mit dem Alkohol- und Tabakkonsum, über dessen Ursachen und Folgen sie indessen kaum etwas zu hören bekommen. Eine «Gesundheitserziehung ohne Heuchelei» sei allerdings nicht leicht, erklärte Richard Müller, Leiter der SFA-Forschungsabteilung, denn schliesslich seien es die Erwachsenen, die das schlechte Beispiel gäben.

Erst die Lehrer ausbilden

Mit der grossangelegten Kampagne J+A möchte die SFA in den kommenden Monaten die breite Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit umfassender Gesundheitserziehung aufmerksam machen und aktive Hilfe bei der Verwirklichung entsprechender Programme insbesondere auf kantonaler Ebene bieten. Gemeinsam mit Politikern und den zuständigen Erziehungsbehörden soll darauf hingearbeitet werden, dass die Kantone bald über die gesetzlichen Grundlagen für die Gesundheitserziehung an den Schulen verfügen. Sodann ist vorgesehen, einen Beitrag zur Verbesserung des Ausbildungsstandes auf seiten der Lehrer zu leisten. In der Tat hat eine SFA-Umfrage bei rund 400 Lehrern ergeben, dass die Bereitschaft zum Gesundheitsunterricht (in Zusammenarbeit mit den Eltern) an sich vorhanden wäre, wegen der ungenügenden Ausbildung aber nicht zum Tragen kommt. Was weiter fehlt, sind geeignete Hilfsmittel. Die SFA hofft, im Herbst dieses Jah-

res ein erstes Paket von Unterrichtsmaterial herausgeben zu können.

Es geht um mehr

In unserer leistungsorientierten Gesellschaft und Schule sei offenbar kein Platz für einen der wichtigsten Erfahrungsbereiche, beklagten die SFA-Vertreter. Aufgabe einer sinnvollen Gesundheits- und Drogenerziehung in Schule und Elternhaus werde es nicht in erster Linie sein, Wissen über die Chemie der Drogen zu vermitteln, Statistiken über Todesfälle an Leberzirrhose vorzulegen. Die Gesundheitserziehung habe vielmehr die Entstehung der Probleme mit einzubeziehen, das heisst den Stress, die Kontaktunfähigkeit, den Konsumdruck, die Lebensleere usw.

Aus Kantonen und Sektionen

Basel-Stadt:

Modelle für Schulreform haben harte Gegnerschaft gefunden

Die Reformmodelle für die Mittelstufe der Basler Schulen, die zurzeit bei den Lehrern in der Vernehmlassung stehen, haben ihre Gegner gefunden: Die «Vereinigung für realitätsbezogene Erziehung und Bildung» hat eine Schrift verfasst, in der kein guter Faden an den Vorschlägen gelassen wird. Ein Konrektor und Grossrat fordert, dass neben der Orientierungsstufe der ungebrochene Weg zur Maturität erhalten bleibe.

ur. «Ist die Basler Schulreform schon gescheitert?» So fragt das Basler Schulblatt in seiner neuesten Nummer, allerdings nicht mit dem Zweck, die These zu untermauern, sondern um Widerstände gegen die Vorschläge der Arbeitsgruppe Schulreform (ASR) des Erziehungsdepartements abzubauen: die Zusammenfassung ungleicher Schüler in der gleichen Klasse während der Orientierungsstufe, die an die Primarschule anschliessen soll. Schulblatt-Redaktor Georg Frey meint hierzu: An den heutigen Sekundar- und Realschulen sowie an den Gymnasien sei in den einzelnen Fächern «die Streuung so gross, dass die beabsichtigte Homogenität eine reine Fiktion ist». Die Lehrer müssten also schon heute innerhalb der Klasse ihre Anforderungen an die einzelnen Schüler differenzieren.

Während der Schulblatt-Redaktor dies den Lehrern erläutert, versucht ein überparteiliches Komitee mit einer Initiative den politischen Druck zu erzeugen, um das Modell der dreijährigen Orientierungsstufe zu stützen und mit ergänzenden Forderungen zu versehen. Denn der Weg ist

noch lang: Die Arbeitsgruppe wird aufgrund der Vernehmlassung einen Schlussbericht erstellen. Das Erziehungsdepartement hat dann den Ratsschlag der Regierung vorzubereiten, der schliesslich vor den Grossen Rat kommt.

Hier soll aber von den kritischen Stimmen zu den Reformvorschlägen, die sich schon geäussert haben, die Rede sein. Ein weiterer Artikel im Schulblatt, verfasst von Hans Rudolf Merkel, Konrektor des Humanistischen Gymnasiums und Grossrat (VEW), will die Reformmodelle nicht als «Einheitsmittelschule» akzeptieren, da diese dem Basler Bildungswesen «eine bedauerliche Verarmung beschere» würde: «Nicht zwingend ist die vollständige Zerstörung des ungebrochenen Bildungsgangs der Gymnasien.» Mit einer auch nur zweijährigen Orientierungsschule wäre ein Maturitätsabschluss nach zwölf Jahren (heute zwar offiziell, aber nur von wenig mehr als der Hälfte erreicht) nicht zu schaffen, findet Merkel. Vielmehr ermögliche die Orientierungsschule den Anschluss für später erkannte Begabungen. In seinem Modell steht eine gymnasiale Orientierungsstufe neben einer Orientierungsschule für die übrigen, wobei die quantitative Aufteilung (gemäss der Graphik) offenbar im Verhältnis 1 : 4 erfolgen soll. Merkel wünscht, dass die Lehrerkonferenzen in der Vernehmlassung auch zu seinem Modell Stellung beziehen können.

Eine ausführliche Schrift zum Thema «Eine Gesamtschule für Basel?» ist von der «Vereinigung für realitätsbezogene Erziehung und Bildung» herausgegeben worden, die sich bisher mit der Veranstaltung von Vorträgen hervorgetan hat, zuletzt hatte sie Jeanne Hersch eingeladen. Nun erweist sich die Vereinigung als deutliche Gegnerin der von der ASR vorgeschlagenen Reformmodelle. Sie seien als «Produkt einer falschen und merkwürdig engen Fragestellung zu werten» und stellten «einen pädagogisch und bildungspolitisch unverantwortbaren Lösungsversuch anstehender Schulprobleme dar». Schliesslich seien sie auch noch eine «bedenkliche Missachtung des Stimmbürgers», da im November 1973, also vor sechs Jahren und drei Monaten, an einer Volksabstimmung der Versuch «Neue Schule» deutlich abgelehnt wurde.

Die merkwürdige Fragestellung sieht die REB, wie sich die Vereinigung abkürzt, darin: Aufgrund ihres Auftrags habe die Arbeitsgruppe des Departements zwei «Teilprobleme verabsolutiert», nämlich den frühen Entscheid für die Mittelschulen und die Remotionen. Aufgrund isolierter Fragestellungen könnten aber «die realitätsfernsten Utopien entworfen» werden.

Fragwürdig seien die Modelle, weil sie auf ausländische Vorbilder zurückgriffen (insbesondere wird das schwedische System bis 1969 genannt)

und weil sie «auf einem verklärt-romantischen Bild vom Kind» beruhten. Die REB meint dazu: «Nur eine Erziehung, die persönliche Wärme mit Strenge und Autorität zu verbinden weiss, trägt wirklich zum Glück des Kindes bei.» Die «Einheitsschule», wie die Reformvorschläge genannt werden, würde auch «entscheidend zur Senkung des Fähigkeitspotentials beitragen». Zudem habe die Gruppenarbeit, die mit dem vorgesehenen Projektunterricht (fächerübergreifende Behandlung eines Themas) verbunden sei, negative Folgen: «Allzu viele Schüler lernen, sich dem Diktat einer Gruppe zu beugen, sich der herrschenden Meinung anzupassen, um von der Gruppe akzeptiert zu werden.»

Gleichzeitig wird eine andere Anpassung gefordert: «Gerade die Arbeiterkinder sind darauf angewiesen, dass in der Schule Disziplin herrscht. Sie haben weder Eltern noch Privatlehrer, die ihnen das Versäumte erklären.» Ob benachteiligte Kinder aber überhaupt in ein Gymnasium nach REB-Vorstellungen kommen sollen, bleibt fraglich. Denn in der Broschüre wird die Meinung vertreten, bei zehn- bis elfjährigen Kindern könne «das Potential intellektueller Tüchtigkeit schon in den meisten Fällen sehr genau festgestellt werden». Andererseits könne eine solide Real- oder Sekundarschulbildung «mehr innere Befriedigung» bringen als «das ungewisse Abenteuer einer langjährigen für viele zu einseitig abstrakten

Rezensenten gesucht

Damit wir nicht ertrinken in der Flut von Publikationen, brauchen wir für die «schweizer schule» dringend Helfer, lies Rezensenten, die zuverlässig und regelmässig Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt besprechen.

Ernsthaft Interessierte wenden sich bitte – unter Angabe der zusagenden Fachgebiete – an:

Armin Binotto, Internatsleiter am Seminar, 6285 Hitzkirch, Telefon 041 - 85 25 58.

Ausbildung an der Oberstufe eines Gymnasiums oder an der Hochschule».

Die 80-Seiten-Schrift der Vereinigung für realitätsbezogene Erziehung und Bildung mit etwa zehneinigem Anmerkungsapparat rückt systematisch vom Allgemeinen («Die Zukunft unserer Gesellschaft») zur Kritik am ASR-Modell vor, und sie versucht dann in «Exkursen» dieses besonders als radikal zu stempeln. Als Fernziel befürchtet die REB: «Die bisherige gymnasiale Oberstufe würde verschwinden.»

aus: Basler Zeitung

Aargau:

Das Schulgesetz vor dem Grossen Rat

Auf 28 Schüler an der Primar- und 25 Schüler an der Oberstufe hat der aargauische Grosse Rat im Rahmen der Beratungen über das neue Schulgesetz die Höchstklassenbestände festgelegt. Diese Höchstzahlen unterstützte auch der Regierungsrat, der ursprünglich Maximalzahlen von 35 bzw. 28 vorgeschlagen hatte.

Nur sehr knapp scheiterte vor zwei Jahren im Aargau eine Volksinitiative für kleinere Klassen, die eine Beschränkung der Klassenbestände auf maximal 25 Schüler forderte. Während bisher ein Regierungsdekret als unverbindliche Höchststrichzahl 39 Schüler pro Klasse vorsieht, schlug die Aargauer Regierung im Entwurf für ein neues Schulgesetz eine Beschränkung auf 35 Schüler an der Primar- und 28 Schüler an der Oberstufe vor. Die vorberatende Kommission des Kantonsparlaments dagegen forderte eine massivere Reduktion auf 28 und 25 Schüler pro Klasse. In der Folge schloss sich der Regierungsrat diesem Antrag an.

Zu den von verschiedenen Votanten befürchteten Mehrkosten meinte Erziehungsdirektor Arthur Schmid: «Je kleiner die normalen Klassen sind, um so weniger Spezialklassen brauchen wir.» Trotzdem beantragte der freisinnige Grossrat Harold Täschler Festhalten an den im Entwurf ursprünglich genannten Höchstzahlen 35 und 28. Er wurde dabei allerdings nicht einmal von seinen Parteifreunden unterstützt: mit 94 zu 13 Stimmen entschied sich das Parlament deutlich für die Festsetzung der Höchstklassenbestände auf 28 und 35 Schüler.

Mädchen doch nicht gleichgestellt!

Zu einem seltsamen «Salto» kam es zuvor bei der Abstimmung über die Forderung nach der Gleichstellung von Mädchen und Knaben im neuen aargauischen Schulgesetz. Während der Regierungsrat im Entwurf nur die gleiche Höchstzahl an Wochenstunden für weibliche und männ-

liche Schüler vorsah, wollte die vorberatende Kommission, und mit ihr zahlreiche Votanten, auch das gleiche Angebot an Pflicht- und Wahlfächern für Mädchen wie Knaben im Gesetz verankern. Der Grosse Rat stimmte mit grosser Mehrheit der Gleichstellungsformulierung der Kommission zu.

Danach kam es allerdings zur Abstimmung über einen Zusatzantrag von SVP-Grossrat Jakob Hüsey, der die Ergänzung des Absatzes durch einen Passus, der den Hauswirtschaftsunterricht für Mädchen obligatorisch erklärt, verlangte. Und trotz des nur wenige Minuten zuvor deutlich gefällten Gleichstellungs-Beschlusses ging dieser Antrag mit 65 zu 36 Stimmen durch. Unter den Ja-Stimmen fand sich keine einzige Frau... «Meine Herren, mit diesem Entscheid sind jetzt die Mädchen wieder benachteiligt», zürnte SP-Grossrätin Hanna Schoder.

Nur relativ knapp, mit 86 zu 52 Stimmen, wurde im weitem die Erweiterung der obligatorischen Schulpflicht auf neun statt wie bisher acht Jahre beschlossen.

Unbehagen über Dreiteilung der Oberstufe

Auch im total revidierten aargauischen Schulgesetz ist die bisherige Dreiteilung der Oberstufe in Real-, Sekundar- und Bezirksschule vorgesehen. Daran rüttelte der aargauische Grosse Rat im Laufe der ersten Lesung im Prinzip nicht, hingegen manifestierte sich vor allem von sozialdemokratischer Seite ein gewisses Unbehagen über die trotz etlichen Verbesserungen noch immer als ungenügend erachtete Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Typen. Auf die zweite Lesung hin wurden in dieser Beziehung noch flexiblere Übertrittsmöglichkeiten gewünscht. Diskussionen gab es um den vorgeschlagenen Anspruch der Schüler auf einen Urlaubshalbtag pro Quartal. Trotz Bedenken stimmte der Rat aber zu.

Aargau:

Ein Rahmenlehrplan für die musikalische Grundschule

Die Kantone Aargau und Solothurn betreiben seit acht Jahren in Olten eine Ausbildungsstätte für Lehrkräfte der musikalischen Grundschulung für Kinder. Nach achtjähriger Erfahrung haben sich die verantwortlichen Instanzen der beiden Stände nun entschlossen, die Ausbildung der Grundschullehrer in einem Rahmenlehrplan zu regeln. Es gehe bei dieser Einführung in die Musik nicht um die Steigerung intellektueller Fähigkeiten, sondern um die Entfaltung «schöpferischer Kräfte». Mit Singen, Musizieren, körperlicher Bewegung, Sprache und Bild solle dem Kind eine Erlebnisgrundlage vermittelt werden, auf der es

selbständig Erfahrungen sammeln und Phantasie entwickeln könne. Im spielerischen Umgang mit der Musik werde auch sein Raum- und Zeitempfinden geschult und sein soziales Verhalten gestärkt. «In wechselweisem, aktivem Hören, Wiedergeben festgelegter Normen und experimentellem Tun wird dem Kind der Weg geöffnet zur Musik aus Vergangenheit und Gegenwart sowie zum eigenen instrumentalen Musizieren», umschreibt der Erziehungsrat die Leitidee der musikalischen Grundschule.

Eine Aufsichtskommission wurde nun damit beauftragt, diesen Rahmenlehrplan in ein konkretes Ausbildungskonzept für die Grundschulleiter umzusetzen.

Genf:

Streit um die Genfer Schulpolitik

Der Genfer Grosse Rat hat eine Marathondebatte über die Schulpolitik geführt, die seit langem Gegenstand ideologisch und persönlich gefärbter Auseinandersetzungen bildet. Das auslösende Element der Kontroverse war die kürzlich in einigen Schulen des Cycle d'orientation eingeführte Reform, die eine betont individuelle Erziehung im Rahmen von heterogenen Klassen mit einem Unterricht nach Wahl und auf verschiedenem Niveau anstrebt. Eine von christlichdemokratischer Seite im Grossen Rat formulierte Motion zugunsten der Fortsetzung der Reform fand die Unterstützung der Sozialisten und der Kommunisten, wurde aber von den Liberalen und den Vigilants hart bekämpft, während die Freisinnigen durch Stimmenthaltung Skepsis bekundeten. Ihre Sprecherin, die Abgeordnete Simone Martin, wandte sich gegen jedes neue Schulprojekt, solange das Erziehungsdepartement seine Absichten nicht genau definiere.

Der Erziehungsdirektor im Kreuzfeuer

Hinter dem Streit um die Schulexperimente verbirgt sich eine meist nicht öffentlich artikulierte persönliche Polarisierung um den sozialistischen Leiter des Erziehungsdepartementes, André Chavanne, der nicht der Urheber der als Cycle d'orientation bekannten Genfer Schulreform ist (das Konzept war von dem Freisinnigen Alfred Borel entworfen worden), der aber die Neuerungen in der Praxis durchführte, oft in höchst grosszügiger und dementsprechend aufwendiger Form. Neben dem «Finanzminister» Ducret ist Chavanne wohl die farbigste Figur in der Regierung, aber als solche auch umstritten. In jungen Jahren von Jesuiten in Frankreich geschult, pflegt er eine ebenso rasche wie blumige Rhetorik und einen an bestimmte Minister der III. Französischen Republik erinnernden Stil, der keineswegs überall

gefällt, besonders nicht bei den an einer nüchternen Lebensweise gewöhnten Genfern.

Forderung nach Kontrolle

Es ist kein Zufall, dass die Angriffe gegen Chavanne vor allem von seiten der durch die Wahlerfolge selbstbewusster gewordenen Liberalen kommen. Einer ihrer austeigenden jungen Leute, der Kantonsredaktor des «Journal de Genève», Jacques-Simon Eggli, feuerte im Grossen Rat eine Breitseite gegen die Politik des Erziehungsdirektors ab, dem er vorwarf, zu viele Experimente auf einmal durchzuführen, ohne eine seriöse Prüfung vorzunehmen. Die für eine Sparpolitik eintretenden Liberalen haben den Eindruck, Chavanne und mit ihm zahlreiche Lehrer wollten eine Durchleuchtung des Erziehungsdepartements durch die Finanzkommission und die Kommission für Verwaltungskontrolle verhindern.

Wachstumsexplosion

Eine Mehrheit der Eltern mag den Cycle d'orientation in seiner Zielsetzung begrüßen, doch bestehen viele Vorbehalte in bezug auf die Methoden in der Praxis. Die immer neuen Experimente, die eine gewisse Unruhe zur Folge haben, werden von vielen Kreisen skeptisch beurteilt. Weit herum böses Blut hat die Weigerung der im Cycle d'orientation tätigen Lehrer gemacht, die Kommission für Verwaltungskontrolle bei der Untersuchung der Stundenpläne zu unterstützen. Die Lehrer sind gewerkschaftlich straff organisiert und zeigen sich in den Verhandlungen mit dem Staat äusserst hart. Das Erziehungsdepartement mit 11 000 Funktionären und einem Jahresbudget von mehr als 500 Mio. Franken ist zum grössten Personalapparat der Westschweiz geworden und wird denn auch hier gelegentlich eher despektierlich «la machine à Chavanne» genannt. Die Auseinandersetzungen um die Schulpolitik dürfte im Zeichen der Polarisierung zwischen der Rechten und der Linken noch heftiger werden, wobei es für die Freisinnigen und die Christlichdemokraten zunehmend schwieriger sein wird, auf der Position im Mittelfeld der Friktion zu beharren.

(O. F. in: NZZ vom 19. 2. 1980)

Umschau

Studienreisen des Schweizerischen Lehrervereins

Der Katalog mit der ausführlichen Beschreibung der Studienreisen des Schweizerischen Lehrervereins ist erschienen. Alle Reisen werden in den Frühjahrs-, Sommer- und Herbstferien durchgeführt. An allen Reisen ist jedermann teilnahme-